

V38 Gegen Rassismus, Diskriminierung und rechten Terror: Enquete-Kommission zu Berliner Behörden und Verwaltung

Antragsteller*in: Philmon Ghirmai (KV Berlin-Neukölln)
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

1 Der NSU war kein Einzelfall. Dies hat uns zuletzt der rechte Terror in Hanau, dem zu viele
2 Menschen zum Opfer fielen, schmerzlich vor Augen geführt. Nur wenige Tage zuvor wurde das
3 bundesweit agierende rechtsextreme Netzwerk, die sogenannten „Gruppe S“, überführt. Auch sie
4 planten Morde und Gewalttaten. Von rechtsextremen Gruppierungen und Einzelpersonen, die
5 Unterstützung in Wort und Tat finden, geht fortwährend eine große Bedrohung aus. Konkret
6 richten sie sich gegen marginalisierte Gruppen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen,
7 Politiker*innen und Journalist*innen. Sie zielen darauf ab, unser demokratisches Gemeinwesen
8 zu untergraben, auszuhöhlen und abzuschaffen. Besorgniserregend ist vor allem die
9 Verharmlosung des Gefährdungspotenzials und die wiederkehrende Verstrickung zwischen
10 Mitarbeiter*innen von Sicherheitsbehörden auf der einen und rechtsextremen Gruppierungen auf
11 der anderen Seite.

12 Rechter Terror in Neukölln

13 Auch in Berlin geht von Neonazis und Rechtsextremen Gewalt aus. Im Besonderen die Neuköllner
14 Zivilgesellschaft sieht sich seit Jahren dieser Bedrohung ausgesetzt. Bündnis 90/Die Grünen
15 Berlin verurteilen diese Angriffe, die sich gezielt gegen People of Color und gegen
16 Bürger*innen richten, die sich für unsere vielfältige Gesellschaft und gegen faschistisches
17 und rechtes Gedankengut einsetzen. Alleine zwischen Mai 2016 und März 2019 zählte die Mobile
18 Beratung gegen Rechtsextremismus in Neukölln 55 Anschläge, die von Sachbeschädigung über
19 persönliche Bedrohung bis hin zu lebensgefährdender Brandstiftung reichten.

20 Bündnis 90/Die Grünen Berlin steht solidarisch an der Seite der betroffenen Personen. Um
21 diesen Gewalttaten zu begegnen, müssen wir uns konsequent mit ihnen auseinandersetzen und
22 den nationalistischen, faschistischen und rechtsextremen Strukturen entgegenzutreten.

23 Wir kritisieren, dass trotz zahlreicher Hinweise auf den Täterkreis bis heute substanzielle
24 Ermittlungserfolge seitens der Berliner Sicherheitsbehörden fehlen. Gleiches gilt für den
25 Mord an dem Neuköllner Burak Bektaş im Jahr 2012, der bis heute nicht aufgeklärt ist, und
26 für die Ermordung von Luke Holland im Jahr 2015, deren Hintergründe noch immer nicht
27 abschließend ausgeleuchtet sind. Diese Situation ist für die Betroffenen und deren
28 Angehörigen unerträglich. Durch die bisher erfolglosen Ermittlungen zur
29 rechtsextremistischen Gewalt-Serie in Neukölln gibt es nachvollziehbare Befürchtungen, dass
30 es Personen in den Sicherheitsbehörden gibt, die die Täter*innen und deren Taten schützen.
31 Wir kritisieren Senator Andreas Geisel und die zuständige Senatsverwaltung für Inneres und
32 Sport dafür, dass sie hierauf zu spät und nicht mit dem gebotenen Aufklärungswillen reagiert
33 und eine unabhängige Aufarbeitung und Untersuchung bis heute nicht ermöglicht haben.

34 Die Berliner Polizei ist ein wichtiger Akteur, um die Offenheit unserer Stadt sowie die
35 Freiheit und Sicherheit aller Berliner*innen zu garantieren. Wir möchten, dass die Täter
36 überführt werden. Zwar begrüßen wir, dass mit der BAO Fokus die bisherigen Ermittlungen
37 erneut geprüft und Fehleranalysen betrieben werden. Dennoch gibt es ein berechtigtes
38 Interesse der Betroffenen nach Aufklärung, dem bis heute nicht umfassend nachgekommen wird.

39 Rechte Strukturen und Diskriminierung in den Berliner Behörden

40 Wir nehmen zur Kenntnis, dass verfassungsfeindliche Vorkommnisse in der Berliner
41 Polizeibehörde endlich systematisch erfasst werden. Wir begrüßen außerdem, dass unsere
42 Forderung nach der Einrichtung einer* eines unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten
43 endlich erfüllt wird. Diese Stelle wird ein wichtiger Anlaufpunkt für Bürger*innen sowie für
44 Polizist*innen. Sie kann besonders Beamt*innen dabei unterstützen, etwaige rechte
45 Aktivitäten und Strukturen in ihren eigenen Reihen zu melden und einer unabhängigen
46 Untersuchung zuzuführen.

47 Die genannten Maßnahmen sind erste Schritte, um das Vertrauen der Berliner*innen in die
48 Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen. Darüber hinaus erwarten wir, dass Polizei und
49 Verwaltung systematisch und transparent durchleuchtet werden. Es darf in Zukunft kein
50 Behördenversagen die lückenlose Aufklärung von rechter Gewalt verhindern! Die Bildung
51 potentieller rechter Strukturen und Netzwerke in den dortigen Reihen ist zu unterbinden.

52 Wir erkennen an, dass der rechte Terror auch die Folge rassistischer Kontinuitäten ist, die
53 von der Politik und Gesellschaft zu lange ignoriert worden sind. Wir verurteilen, dass sich
54 viele Berliner*innen in ihrem Alltag regelmäßig aufgrund unterschiedlicher Zuschreibungen
55 Diskriminierung ausgesetzt sind. Und dies leider auch durch staatliche Stellen in der
56 Berliner Verwaltung. Das von uns vorangetriebene Landesantidiskriminierungsgesetz ist ein
57 wichtiger Baustein, um dem entgegenzuwirken und Berliner*innen vor Diskriminierung zu
58 schützen. Aber auch hier gilt: Wir müssen darüber hinaus proaktiv und systematisch
59 diskriminierende Strukturen in den Berliner Institutionen und in der Verwaltung erkennen und
60 diese abbauen.

61 Enquete-Kommission einrichten: Aufklären und neues Vertrauen schaffen

62 Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission, die
63 über den begrenzten Bereich der Sicherheitsbehörden hinaus auch systematisch
64 diskriminierende Strukturen und Ausschlussmechanismen in der Berliner Landesverwaltung
65 untersucht. Durch die Beteiligung von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft als
66 Sachverständige, ist diese besonders geeignet, eine kritische Bestandsaufnahme und Analyse
67 sowie ein transparentes Verfahren zu ermöglichen.

68 Die Kommission soll mindestens die folgenden Aufgaben erfüllen:

- 69 • Rassistische bzw. diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung
70 identifizieren und institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen
71 erarbeiten, um diese abzubauen. Diese Handlungsempfehlungen müssen insbesondere darauf
72 abstellen, Bürger*innen und Mitarbeiter*innen wirksam vor Diskriminierung zu schützen.
73 Kriterien für verbindliche Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und
74 Diskriminierung müssen entwickelt werden, spezifische Diversitäts- und
75 Antidiskriminierungsstrategien implementiert, diskriminierungskritische
76 Organisationsuntersuchungen eingeleitet werden. Besonders in den Blick zu nehmen sind
77 vulnerable Gruppen und deren Schutz und Empowerment. Systematisch sollten dabei unter
78 anderem Institutionen und Bereiche untersucht werden, in denen Diskriminierung
79 besonders häufig auftritt. Hierzu zählen u.a. Schulen, Hochschulen, Sozialbehörden,
80 Justiz -und Sicherheitsbehörden sowie die Einwanderungsbehörde.
- 81 • Rechte und diskriminierende Strukturen in Berliner Sicherheitsbehörden sollen
82 identifiziert werden, die „Racial Profiling“, Rassismus und andere Formen der
83 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Institutionelle und
84 zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen sollen erarbeitet werden, um diese
85 abzubauen. Dabei sollen insbesondere die Polizeiausbildung, polizeiliche Richtlinien,

86 Anweisungen sowie die behördliche Organisationsstruktur bei Sicherheitsbehörden und
87 Justiz untersucht werden.

Unterstützer*innen

Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Vivian Weitzl (KV Berlin-Neukölln); June Tomiak (KV Berlin-Kreisfrei); Benedikt Lux (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Annika Gerold (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Swantje May (KV Berlin-Neukölln); Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Anna Hoppenau (KV Berlin-Neukölln); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); André Schulze (KV Berlin-Neukölln); Jutta Brennauer (KV Berlin-Neukölln); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lars Denkena (KV Berlin-Mitte); Qosay Amer (KV Berlin-Neukölln); Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Malena Weduwen (KV Berlin-Neukölln); Patrick Berg (KV Berlin-Neukölln); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Oliver Powalla (KV Berlin-Neukölln); Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ingrid Bertermann (KV Berlin-Mitte); Miriam Siemon (KV Berlin-Neukölln); Fabio Wasilewski (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Berlin-Mitte); André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Chantal Münster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Silvia Rothmund (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Nathalie Schlenzka (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Hendrik Böckermann (KV Berlin-Mitte); Oliver Jütting (KV Berlin-Pankow); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Rahul Schwenk (KV Berlin-Neukölln); Sarah Schneider (KV Berlin-Neukölln); Laura Reiner (KV Berlin-Neukölln); Anja Schillhaneck (KV Berlin-Kreisfrei); Kathleen Judith Hughes (KV Berlin-Neukölln); Wolfgang Ewert (KV Berlin-Neukölln); Felix Rösch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Frank Schmunzsch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Igor Leonidovic Fayler (KV Berlin-Neukölln); Astrid Bialluch-Liu (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Julie Steinen (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); David Hartmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Manuela Gabriel (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bettina Jarasch (KV Berlin-Pankow); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Sarah Ribbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Mathias Adelhoefer (KV Berlin-Reinickendorf); René Lutter (KV Berlin-Neukölln); Jana Eva Brix (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Santana Wey (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)